

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

30.8.1930 (No. 201)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: C. A. Seyfried

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einj. 32,50 RM. ... Anzeigengebühr: 14 Rp. für 1 mm Höhe und ein Liebentel Breite.

Ämtlicher Teil

Die badischen Kreiswahlvorschläge für die Reichstagswahl

Am Samstag, den 30. August 1930, vorm. 10 Uhr fand im großen Sitzungssaal des Ministeriums des Innern in Karlsruhe unter dem Vorsitz des Kreiswahlleiters, Oberregierungsrat Walz, die Sitzung des Kreiswahlausschusses für den 32. Reichstagswahlkreis (Baden) zur Prüfung und Festsetzung der Kreiswahlvorschläge statt.

Die zugelassenen 14 Wahlvorschläge sind folgende:

- 1. der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands; Spitzenkandidat: Dr. Kemmele Adam, Minister, Karlsruhe;
2. der Deutschnationalen Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden); Spitzenkandidat: Hanemann Alfred, Landgerichtsdirektor, Heidelberg;
3. der Badischen Zentrums Partei; Spitzenkandidat: Dr. Köhler Heinrich, Reichsfinanzminister a. D., Berlin-Charlottenburg;
4. der Kommunistischen Partei; Spitzenkandidat: Kemmele Hermann, Redakteur, Berlin;
5. Einheitsliste (Deutsche Volkspartei - Deutsche Staatspartei); Spitzenkandidat: Dr. Curtius Julius, Reichsminister, Berlin-Dahlem;
6. der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes e. V. (Wirtschaftspartei); Spitzenkandidat: Spielmann Josef, Drogeriebesitzer, Freiburg i. Br.;
7. der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (Hitlerbewegung); Spitzenkandidat: Benz Karl, Lehrer a. D., M. b. L., Heidelberg;
8. der Badischen Bauernpartei (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei); Spitzenkandidat: Gilbert Anton, Landwirt und Mitglied des Landtages, Untereggingen;
9. der Volksrechtspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung); Spitzenkandidat: Bauer Adolf, Oberstudiendirektor, Mitglied des Württembergischen Landtages, Nagold;
10. der Deutschen Bauernpartei; Spitzenkandidat: Dr. Fehr Anton, Minister a. D., Freising-Weihenstephan;
11. der Konservativen Volkspartei; Spitzenkandidat: v. Rettow-Vorbeck Paul, Generalmajor a. D., Bremen;
12. des Evangelischen Volksdienstes (Landesgruppe Baden des Christlich-sozialen Volksdienstes); Spitzenkandidat: Simpfendorfer Wilhelm, Reallehrer und Schriftleiter, Korntal;
13. der Polenpartei; Spitzenkandidat: Dr. Kaczmarek Jan (Johann), Hauptgeschäftsführer, Berlin-Charlottenburg;
14. der Haus- und Grundbesitzer-Partei; Spitzenkandidat: Götz Max, Haus- und Grundbesitzer, Nürnberg.

Die Zahlung der Beamtengehälter nicht gefährdet. Gegenüber Gerüchten, daß die Regierung nicht in der Lage sei, am 1. September die Beamtengehälter zu zahlen, sind mit Banken Verhandlungen über einen kurzfristigen Kredit begonnen.

Der Kreuzer 'König' in Kopenhagen. Der deutsche Kreuzer 'König' ist am Freitag zu einem viertägigen offiziellen Besuch in Kopenhagen eingetroffen. Das Schiff machte an der Längs-Linie fest, wo eine große Menschenmenge zu seiner Begrüßung sich eingefunden hatte.

Die Entwicklung der politischen Parteien in Baden seit 1919

Von August Albert, Karlsruhe.

Das Charakteristische an der innerpolitischen Entwicklung in Deutschland seit der Errichtung der deutschen Republik ist eine ungeheure Zersplitterung und Vermehrung der Parteien. Schon ein Blick auf die nachfolgende statistische Tabelle läßt diese bedauerliche Tatsache sofort erkennen.

Table with 2 columns of statistics for various political parties in Baden from 1919 to 1929. Columns include party names, population, votes, and seats.

Während wir in Baden bei den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung mit vier großen Parteien (Zentrum, Sozialdemokraten, Deutsche Demokratische Partei und Deutschnationalen) zu rechnen hatten, waren es bei der Reichstagswahl 1928 deren 16. Bei den Wahlen zur Badischen Nationalversammlung trat zum erstenmal die USV in Erscheinung. Eine weitere Spaltung erfolgte bei der Reichstagswahl 1920. Hier drängte sich die liberale Gruppe und Deutsche Volkspartei und Deutsche Demokratische Partei. Von den Sozialdemokraten spaltete sich die kommunistische Gruppe ab.

Besonders bemerkenswert ist die Bewegung unter der badischen Bauernschaft. Bei den Landtagswahlen 1921 trat zum ersten Male der Badische Landbund auf, der sich weiterhin auch bei den Reichstagswahlen 1924 im Mai und Dezember um die Wählerstimmen bewarb. Bei der Landtagswahl im Jahre 1925 war der Badische Landbund wieder im badischen Rechtsblock aufgegangen. Teile davon hatten sich unter der Firma Badischer Pächter- und Kleinbauernbund aufgetan. Bei der Reichstagswahl 1928 waren es die Deutsche Bauernpartei, die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei, der völkisch-nationale Block und Landvolkbewegung, die sich um Wählerstimmen bemühten. Vorher, im Jahre 1925, hatte auch noch der Badische Pächter- und Kleinbauernbund zirka 3000 Stimmen erhalten.

Als politische Einheitsgruppen kann man folgende Parteien bezeichnen, die bei der Reichstagswahl des Jahres 1924 aufgetreten sind: Völkisch-joz. Block, Republikanische Partei, Bund der Geusen, Säuferebund, Deutschnationalistische Reichspartei, Deutsche Aufwertungs- und Freier Wirtschaftsbund. Von diesen dürften die Mitglieder des Bundes der Geusen und der Aufwertungs- und Freier Volkspartei eingewandert sein, die bei den Reichstagswahlen 1928 zum erstenmal in Baden etwas über 15 000 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Seit 1921 besteht die Wirtschaftliche Vereinigung des Badischen Mittelstandes, die zum letzten Male bei der Reichstagswahl 1928 aufgetreten ist. Die völkisch eingestellten Gruppen haben sich wohl im großen ganzen bei den Nationalsozialisten zusammengefunden, deren erstes Auftreten bei

der Reichstagswahl im Dezember 1924 erfolgt ist. Als politische Vertretung des Mittelstandes erziehen zum ersten Male bei der Landtagswahl 1929 die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes.

Bei der Reichstagswahl 1928 traten als neue Parteien weiter auf, die Christl. soz. Reichspartei, Linke Kommunisten, Alte SPD. und Reichsblock der Geschädigten. Von diesen haben nur die Christl. soz. Reichspartei und die Linke Kommunisten bei der Landtagswahl 1929 um Wählerstimmen geworben. Seit dem Jahre 1929 ist in Baden auch der Evangelische Volksdienst an die Öffentlichkeit getreten.

Überblickt man die Entwicklung der politischen Parteien in unserem Lande, so zeigt sich, daß wie im Reich, so auch da nur die großen politischen Parteien auf die Dauer eine feste Anhängerschaft bewahren. Das gilt vor allem vom Zentrum und von der Sozialdemokratie. Nach der Losstrennung hat auch die Deutsche Volkspartei im großen ganzen in den letzten zehn Jahren ihren Bestand gewahrt, während bei der Deutschen Demokratischen Partei ein ständiger Rückgang zu beobachten ist. Stärkeren Schwankungen waren die Kommunisten unterworfen. Die Deutschnationalen haben seit 1928 in starkem Maße verloren, während umgekehrt die Nationalsozialisten einen starken Aufstieg erfahren haben.

Die in der Statistik aufgeführten Zahlen und ihr Vergleich sind wohl geeignet, die Bedeutungslosigkeit der Splitterparteien zu beweisen und zu der Überlegung bei dem einzelnen Wähler Anlaß zu geben, ob es nicht besser ist, seine Stimme einer politischen Gruppe zu geben, die durch die Gesamtzahl ihrer Wählerstimmen die Gewähr politischen Einflusses bietet, statt sie dadurch völlig wirkungslos zu machen, daß er sie einem Parteigebilde schenkt, das niemals Aussicht haben kann, überhaupt auch nur einen Kandidaten in den Reichstag zu schicken. Würde in all den Kreisen, welche bisher für lebensunfähige Splitterparteien sich eingesetzt und damit eigentlich ganz zwecklos gewählt haben, solche Überlegungen angestellt und die notwendigen Folgerungen daraus gezogen, so wäre damit ein großer Schritt zur Gesundung unseres politischen Lebens in Deutschland getan.

Das Pensionskürzungsgesetz

Doppelrentner — Das Höchstruhegehalt

Das Reichskabinett hat am Donnerstag den Entwurf eines Pensionskürzungsgesetzes verabschiedet. Er wird heute dem Reichsrat zugeleitet. Über die grundlegenden Gesichtspunkte des Entwurfs erfahren wir:

Der Entwurf besteht aus drei Teilen: 1. Den Bestimmungen über die Pensionskürzung bei Doppelrentnern, 2. den Bestimmungen über das Höchstruhegehalt und 3. Bestimmungen zur Regelung einzelner Fälle.

Die Pensionskürzung für Doppelrentner will einem pensionierten Beamten, der durch Tätigkeit im Wirtschaftsleben ein Einkommen erarbeitet, das Ruhegehalt um einen diesem Anrechnungseinkommen angeglichenen Teil kürzen. Das Anrechnungseinkommen bleibt bis zur Höhe von 6000 M kürzungsfrei. Von dem übrigen Betrag wird das Einkommen bis zur Hälfte gekürzt. Natürlich beginnt die Pension wieder in voller Höhe zu fließen, wenn das Anrechnungseinkommen aufhört.

Zum Höchstruhegehalt ist vielfach der Wunsch geäußert worden, es auf dem festen Betrag von 12000 M festzusetzen. Die Regierung ist diesem Wunsche insofern gefolgt, als Höchstverhältnisse beseitigt worden sind. Die Regelung sieht vor, daß erst nach fünfjähriger Tätigkeit in der letzten Stellung die volle Höchstpension nach dem Gesetz gegeben werden soll. Bei kürzerer Tätigkeit wird der Betrag der Pension entsprechend gekürzt, bei Beschäftigung unter einem Jahr um 50 Proz., für längere Tätigkeit entsprechend weniger bis zu einer Kürzung bei vierjähriger Tätigkeit um 10 Proz. Weiter sind noch Bestimmungen in das Gesetz aufgenommen, in denen verschiedene, schon bestehende Einzelgesetze zusammengezogen sind.

Der Entwurf ist verfassungsändernd. Er umfaßt außer den Beamten des Reiches auch alle Beamten der Länder und Gemeinden. Er hat rückwirkende Kraft für die bisher bezogenen Pensionen, doch gemährt er den Betroffenen eine Umstellungszeit von 6 Monaten.

Die Kassenlage des Reiches. Über die Kassenlage des Reiches hat der Reichsfinanzminister über die Kassenlage des Reiches gemacht hat, sind Pressekreise veröffentlicht worden, die die Angaben entweder als zu rosig oder als aus Zweckmäßigkeitsgründen gefärbt hinstellen. Demgegenüber erfahren wir von unterrichteter Seite, daß die Angaben des Reichsfinanzministers in jeder Beziehung der Wahrheit entsprechen.

Preußen und Mecklenburg-Strelitz. Zu einem Gerücht über den bevorstehenden positiven Abschluß der Anschließungsverhandlungen Mecklenburg-Strelitz mit Preußen stellt der Amtliche preussische Pressedienst fest, daß zwar vor einiger Zeit eine Prüfungnahme zwischen der mecklenburg-strelitzischen Regierung und dem preussischen Innenministerium stattgefunden hat, daß indessen irgendwelche verbindliche Erklärungen von keiner Seite abgegeben sind. Von einem kurz bevorstehenden Anschluß des Freistaates Mecklenburg-Strelitz an Preußen kann unter diesen Umständen noch keine Rede sein.

Wotschastler Kreistinkti verläßt seinen Berliner Posten. Der Wotschastler der Sowjetunion in Berlin, Kreistinkti, wird sich am 6. September nach Berlin zurückbegeben, um dem Reichspräsidenten sein Abberufungsschreiben zu überreichen. Der Wotschastler wird nach Moskau übersiedeln. Die Frage der Nachfolgerschaft wird erst Mitte des Monats September geklärt werden. Gleichzeitig mit dem russischen Wotschastler verläßt auch der Presseschef der Wotschastler, Stern, Berlin.

Festnahme eines nationalsozialistischen Redners. Eine nationalsozialistische Wählerversammlung in Kassel, in der der Reichstagsabgeordnete Gottfried Feder sprach, wurde wegen der vom Redner begangenen Verstöße gegen das Republikanischkeitsgesetz polizeilich aufgelöst. Feder wurde von Kriminalbeamten festgenommen. Der Saal mußte von der Polizei geräumt werden. Ein Zug der Nationalsozialisten wurde in der Hohenzollernstraße polizeilich aufgelöst. Dabei kam es verheerend zu Zusammenstößen, so daß die Polizei vereinzelt vom Gummiknüppel Gebrauch machen mußte.

Gefängnis für Gregor Straffer. Am Freitag hatte sich der Nationalsozialist Gregor Straffer vor dem Dramenburger Schöffengericht in nicht weniger als sechs Prozessen wegen Beleidigung zu verantworten. In einem Falle wurde Straffer wegen Beleidigung mehrerer Mitglieder der Reichsregierung zu zwei Monaten Gefängnis und in einem anderen Fall wegen Beleidigung des Regierungspräsidenten Dr. Friedensburg zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Ferner wurden Geldstrafen von 500 M und 600 M gegen Straffer ausgesprochen.

Karlsruher Konzerte

Konzert des Kuban-Kosaken-Chores im Colosseumgarten

Der Kuban-Kosaken-Chor ist hier nicht mehr fremd. Schon im Juli d. J. gaben die Sänger hier zwei Konzerte, die großen Erfolg hatten. Auch das gestern abend im Colosseumgarten gegebene Konzert war ein voller Erfolg. Als Einführung brachte der Chor drei russische Kirchenlieder, von denen wohl am besten das Lied „Herr, erbarme Dich“ gefiel.

Nach einer russischen Volksliederantastie, bei der die prächtigen, abgerundeten Bässe und die hellen, ungemein reinen Tenöre richtig zur Geltung kamen, zeigten sich die Kuban-Kosaken zur Abwechslung auf dem Gebiete des Balalaika-Orchesters. Auch hier ist jeder einzelne der Mitwirkenden ein Künstler. Alte, russische Melodien, wie sie vor 100 Jahren an der Wolga und im Kaukasus erklangen, tönten wieder. Schwermütige Balladen und heitere, lustige russische Volksmelodien wechselten in bunter Folge; eine durchweg prächtige Klangharmonie.

Im dritten Teil des Programms gab es heitere Volkslieder mit herrlichen, einschmeichelnden Melodien. Hier ist ganz besonders das Lied „Der Kukud“ zu erwähnen; ferner das Volkslied „Herzengmädchen“. Als letztes ein „Kautajischer Tanz“, gesungen und mit Wiedergabe eines Massentanzes, der reichen Beifall fand.

Der Leiter des Chores, L. Zwanoff, der mehrere der aufgeführten Stücke selbst arrangiert hat, hat seine Sängerschaft, die ihm leicht und freudig folgt, wunderbar in der Hand. Alle Chöre und Lieder wurden auswendig gesungen.

Das Publikum dankte durch reichen, herzlichen Beifall; der Dirigent, Zwanoff, wurde durch ein prächtiges Blumengebilde geehrt. Heute, Samstag, abend findet eine Wiederholung des Konzertes statt.

Ausländerferientours an der Universität Freiburg. Der Ferientours, den die Universität Freiburg im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung veranstaltete, um Ausländer mit deutscher Sprache und deutschem Geistesleben besser bekannt zu machen, ist nach vierwöchiger Dauer am 24. August zu Ende gegangen. Teilgenommen haben 71 Personen. Gegenüber 88 im vorigen Jahre. Nicht weniger als 17 Länder waren betreten. Die meisten Teilnehmer stammten aus England, dann folgen die Amerikaner, die Schweizer und Franzosen. Drei der Teilnehmer waren Universitätsprofessoren. Darunter ein Pharmakologe aus Madras (Indien).

Letzte Nachrichten

Die Kosten der Reichstagswahl

2,8 Millionen

WTB. Berlin, 30. Aug. (Tel.). Die durch die Reichstagswahl bei den Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden entstehenden Kosten (haren Auslagen) werden in der Hauptsache vom Reich getragen. Das Reich erstattet den Ländern die bei ihren Behörden entstandenen Kosten voll und vergütet den Gemeinden vier Fünftel ihrer Aufwendungen, während ein Fünftel von den Gemeinden selbst getragen wird.

Bei den Maiwahlen 1928 betragen die Aufwendungen des Reiches 1 582 000 M. Davon wurden den Gemeinden erstattet: 1 136 000 M, die Kosten der Landesbehörden betragen 372 000 M, die der Reichsbehörden 74 000 M. Außerdem wurden 284 000 M von den Gemeinden selbst getragen. Mit hin betrug die Gesamtausgabe der öffentlichen Hand 1 866 000 Reichsmark. Mit der Reichstagswahl 1928 waren in verschiedenen Ländern, z. B. Preußen, Bayern, Württemberg, Landeswahlen oder Wahlen zu kommunalen Körperschaften verbunden. Hierdurch haben sich die Ausgaben des Reiches auf einen der Zahl der verbundenen Wahlen entsprechenden Bruchteil verringert.

Mit der Reichstagswahl im September 1930 werden nur die Landeswahlen in Braunschweig verbunden. Dementsprechend werden die Aufwendungen des Reiches für diese Wahl höhere sein. Sie werden auf 2 350 000 M und die Gesamtaufwendungen der öffentlichen Hand auf 2 800 000 M geschätzt.

Der Reichsaußenminister leicht erkrankt

WTB. Baden-Baden, 30. Aug. (Tel.). Reichsaußenminister Dr. Curtius ist, während er in einer überfüllten Versammlung in Baden-Baden sprach, infolge von Überanstrengung in den letzten Tagen unwohl geworden und konnte seine Rede nicht zu Ende führen. Der Minister unterbricht den Aufenthalt in Baden und fährt heute nach Berlin zurück.

Wie wir weiter erfahren, ist die Unwohlsein des Reichsaußenministers erfreulicherweise leichter Natur. Sie ist im wesentlichen auf die ungewöhnlichen Anstrengungen seiner Wahlreise in Baden, die am vergangenen Sonntag in Konstanz begann und in Heidelberg enden sollte, zurückzuführen. Dr. Curtius mußte in überfüllten Räumen bei einer infolge der großen Hitze herrschenden Temperatur von 35 bis 38 Grad sprechen. Es sieht zu erwarten, daß Dr. Curtius die nächsten Tage zur Erholung benutzt und alsdann von Berlin unmittelbar zur Völkerversammlung nach Genf abreist. Am 2. September findet die Hochzeit seiner ältesten Tochter mit dem Mediziner Dr. Haefen statt.

Sejm und Senat in Polen aufgelöst

Neuwahlen im November

WTB. Warschau, 30. Aug. Durch Verordnung des Staatspräsidenten Moskwid wurden heute Sejm und Senat aufgelöst. In dem Schreiben heißt es:

„Nach reiflicher Erwägung habe ich festgestellt, daß die wichtige Aufgabe für die Arbeit sämtlicher Bürger die Verbesserung der grundlegenden Rechte ist, durch die der Staat regiert wird, da dieselbe die Grundlage sämtlicher im Staat bestehender Gesetze bilden. Die Verbesserung ist notwendig, da sich das gegenwärtig herrschende Chaos bisher leider nicht beseitigen ließ. Nachdem ich zu der Überzeugung gelangt bin, daß ich dies trotz meiner Bemühungen durch den gegenwärtigen Sejm nicht erreichen kann, habe ich beschloffen, auf Grund des Art. 26 der Verfassung laut Beschluß des Ministerrates Sejm und Senat mit dem 30. August aufzulösen und bestimme als Wahltermin den 16. November 1930 für den Sejm und den 23. November 1930 für den Senat.“

Der Umsturz in Peru

WTB. Lima, 30. Aug. (Tel.). Expräsident Leguia wurde gestern abend vom Kreuzer „Amirante Grau“ nach dem Gefängnis auf der San-Lorenzo-Insel übergeführt, dem gleichen Gefängnis, das er während seiner elfjährigen Regierung für politische Gefangene verwendete. Leguias Sohn Juan wurde gleichfalls verhaftet.

Neue Fliegerunfälle in Frankreich

Neue Militärflugzeugabstürze haben sich in Frankreich ereignet. Ein Flugzeug des 33. Fliegerregiments ist bei Ghâlons sur Marne infolge eines Motorschadens abgestürzt und verbrannt. Der Führer, ein Unteroffizier, wurde getötet; sein Begleiter, gleichfalls ein Unteroffizier, tödlich verletzt. — Aus Rochefort wird gemeldet, daß dort ein Militärflugzeug, der gerade sein Pilotenzeugnis erhalten hatte, mit seinem Apparat verunglückte. Der Pilot sprang aus dem brennenden Flugzeug. Sein Fallschirm war jedoch zu weit, so daß der Fallschirm sich wohl zu Boden senkte, der Pilot jedoch herabstürzte und ums Leben kam. Da der Absturz mitten über der Stadt erfolgte, fiel der Apparat auf das Haus eines Industriellen und durchschlug das Dach. Der Industrielle wurde durch den Propeller enthauptet, seine Frau und sein Kind wurden schwer verletzt.

Zwei Schweizerische Militärflugzeuge stießen heute, Samstag, bei der Auflösung einer Staffel in etwa 400 Meter Höhe zusammen und stürzten ab. Die Maschinen zerschellten am Ufer der Glatt zwischen Dübendorf und Hermiton. Die beiden Piloten, Leutnant Jinski und Leutnant Kyburg, waren sofort tot.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist nach Rückkehr von seiner zweiten Schweizerfahrt am Freitag um 17.05 Uhr wieder in Friedrichshafen glatt gelandet. Die nächste Fahrt wird das Luftschiff nach Wiesloch unternehmen; 36 Passagiere haben sich bereits hierzu eingeschrieben.

Die deutschen Ozeanflieger, die am Freitagvormittag von New York abgeflogen sind, landeten in Buffalo. Sie wollen heute die Niagarafälle besichtigen und nach Chicago weiterfliegen, wo sie den nationalen Flugveranstaltungen beizuhören werden.

Der japanische Flieger Jishihara, der am 20. August von Berlin abflog, ist in Diata eingetroffen. Man nimmt an, daß er am heutigen Samstag in Tokio ankommen wird.

Der erste Startversuch der amerikanischen Flieger Bromley und Gatty zu dem direkten Flug Tokio-Washington über den Stillen Ozean mißlang, da sich die Brennstoffladung als zu schwer erwies.

In einem Sägewerk im Walde von Bonneuil in der Nähe von Paris ist am Freitag ein Brand ausgebrochen, der sämtliche sieben Gebäude des Werkes im Werte von drei Millionen Franc zerstörte.

Zur Wahlbewegung

Das Tragen von parteipolitischen Abzeichen durch Mitglieder von Abstimmungs-Vorständen

Bei den letzten Wahlen sind in einigen Wahlstellen von Dresden Unzulänglichkeiten dadurch entstanden, daß Mitglieder des Wahlvorstands während der Ausübung ihres Dienstes politische Abzeichen trugen. Auf Anfrage der sächsischen Regierung hat sich der Reichsminister des Innern wie folgt geäußert:

Der Abstimmungs-Vorstand ist ein staatliches Organ zur Vornahme der Wahl. Seine Mitglieder bekleiden ein staatliches Ehrenamt. Sie werden durch Handschlag verpflichtet. Ungeachtet des Amtes, daß bei Berufung der Mitglieder die verschiedenen Parteien zu berücksichtigen sind, sind die Mitglieder des Abstimmungs-Vorstandes zu strengster Unparteilichkeit verpflichtet.

Die Mitglieder des Abstimmungs-Vorstandes haben, gleichviel welcher politischen Partei sie angehören, bei ihrer Amtsführung diejenigen Rücksichten zu nehmen, die durch ihre Stellung als Mitglieder eines staatlichen Organs bedingt sind. Sie haben besonders parteiliche Ausgebungen zu vermeiden, die, wie z. B. das sichtbare Tragen gewisser Abzeichen, geeignet sind, bei Andersdenkenden berechtigten Anstoß zu erregen. Der Abstimmungs-Vorsteher wird zur Vermeidung von Unzulänglichkeiten den Mitgliedern des Abstimmungs-Vorstandes, die mit parteipolitischen Abzeichen erscheinen, nahelegen haben, das Abzeichen während der Ausübung ihrer Tätigkeit als Mitglied des Abstimmungs-Vorstandes abzulegen. Wird diesem Ersuchen nicht entsprochen, so hätte der Abstimmungs-Vorsteher den Vorkommnisse im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung während der Abstimmungs-Handlung durch einen anderen Wähler zu ersehen.

Dietrich über die Finanzreform

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich sprach am Freitag zum ersten Male in einer Berliner Wahlversammlung. Er führte in einer sehr eindrucksvollen Rede u. a. aus:

Man müsse der Tatsache, daß die Reichsregierung zum ersten Male Streichungen am Etat vorgenommen habe, größeres Gewicht beilegen, als in der bloßen Summe von 160 Millionen an Ersparnissen vielleicht zum Ausdruck komme, weil grundsätzlich damit der Prozeß fähiger Ausgabensteigerung in eine rückläufige Bewegung verwandelt worden sei. Für dieses Jahr habe er es für seine Hauptaufgabe gehalten, die deutsche Wirtschaft zunächst erst einmal für einige Monate von der Sorge zu befreien, daß wieder neue und unvorhergesehene Belastungen erforderlich würden. Damit erhalte auch der nächste Reichstag einige Monate Zeit, um sich die Lösung der großen kommenden Aufgaben gründlich zu überlegen. Ganz verfehlt sei es, immer wieder von einer kommenden Neuaufhebung des Reichstages zu reden. Im Gegenteil wolle man die Rechte des Parlaments durchaus wahren.

Das neue Finanzprogramm der Regierung sei kritisiert worden, weil es zu vage wäre, aber im Wahlkampf sei es schwerer, sich über Einzelheiten zu einigen als sonst. Wenn er seinen Kopf durchsetze, würden im kommenden Jahre folgende Aufgaben durchgeführt werden: die Ersparnisse am Etat müßten das Doppelte der diesjährigen Summe erreichen. Möglichkeiten für weitere Ersparnisse und damit zur Anhebung der Wirtschaft lägen auf dem Gebiete des Bauwesens. Man habe bisher vielfach zu große Wohnungen gebaut, deren Abschluß schon schwierig sei. Wenn man sich auf den Bau von Kleinwohnungen beschränke, werde man nicht nur mehr für die Bevölkerung tun als bisher, sondern zugleich einige hundert Millionen ersparen, die zur Senkung der Realsteuern Verwendung finden könnten. Vielleicht könne mit einem Teil solcher Ersparnisse auch der Siedlungstätigkeit neuer Antriebe gegeben werden.

Auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung müsse man unbedingt zu einer fest begrenzten Zuschußpflicht des Reiches kommen. Wenn man die Arbeitslosenversicherung nicht vollkommen zerstören wolle, müsse man sie solide und ordentlich aufbauen, wie es auch undurchführbar sei, daß man Saisonarbeiter mit den anderen Arbeitnehmerkategorien einfach gleichstelle. Gerade im Interesse der Versicherten selbst müsse man hier zu Abstützungen kommen.

Ein Finanzgleichgewicht sei die entscheidende Frage für die Sanierung der Gemeinden. Eine Gängelung vom grünen Tisch aus sei undurchführbar. Hier sollte man den Weg des Freiherren von Stein gehen, die Gemeinden als Zellen, auf denen der Staat sich überhaupt erst aufbaue, in ihrer Selbständigkeit und ihrem Verantwortungsbewußtsein zu stärken. Gemeindegetränkesteuer und Gemeindeforderungen hätten den Sinn, eine zwangsweise Belastung der Konjunktur herbeizuführen, wenn die Realsteuern überzogen würden. Nur wenn jeder wisse, daß er zugleich sich selbst belaste, falls er die anderen mit Steuern überbürde, könne der nötige Zwang zur Sparsamkeit auswirken. Unter allen Umständen müßten die Gemeinden in Zukunft gedrungen werden, bei Überreibungen der steuerlichen Belastung eine Revision vorzunehmen.

Auch das Steuervereinfachungsgesetz müsse schnellstens in Angriff genommen werden. In bezug auf die Landwirtschaft müsse eine Steuervereinfachung kommen, denn hier könne eine Unmasse von Arbeit und Kosten noch erspart werden. Vorarbeiten dafür seien im Gange. Hingru komme dann die Freistellung der Vermögen bis zu 20 000 M. Nach seiner Meinung seien weder die direkten Steuern noch die indirekten Steuern auf Bier oder Schnaps steuerfähig. Auch ein Tabakmonopol dürfe man nicht machen. Der finanzielle Erfolg sei fragwürdig, während man zahllose selbständige Existenzen dadurch vernichten würde. Notfalls sei es besser, den Tabak noch etwas stärker zu belasten, was sich vielleicht durch Verhandlungen mit den Beteiligten ermöglichen ließe könnte.

Dietrich wies weiter darauf hin, daß die Regierung auch die dringenden Probleme des Wahlrechts in Angriff genommen habe. Daneben und der Kartellpolitik in Angriff genommen. Die Verwaltung müsse man zu einer Vereinfachung der gesamten Verwaltung kommen. „Die Regierung“, so sagte der Minister, „hat alle brennenden Fragen in Angriff genommen. Die Frage wird nur die sein, ob auch ein Reichstag zustande komme, der die geplante Reform durchführen hilft.“

Der Reichskanzler und die Wahlen

Bei einer Wahlversammlung der Bayerischen Volkspartei in München sprach Reichskanzler Dr. Brüning über den Sinn der Wahlen am 14. September. Der Reichskanzler betonte einleitend, daß er in der Einladung, in der Versammlung der Bayerischen Volkspartei zu sprechen, ein geschickliches Ereignis sehe. Er sehe in der Versammlung ein Omen für eine engere und treue Waffenbrüderschaft zwischen der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Zentrumspartei. Dr. Brüning wies auf die besonderen Aufgaben hin, die der am 14. September neuwählende Reichstag vorfinden werde. Der Reichskanzler betonte in diesem Zusammenhang, was die Reichsregierung wolle, sei ein Reformprogramm, das für Wirtschaft und Finanzen durchführbar sei und auf eine Reihe von Jahren gesetzgebend verankert werden müsse. Der Kanzler betonte zum Schluß seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede, Ordnung in die Finanzpolitik zu bringen, sei das Ziel, für das die Reichsregierung kämpfen werde.

Der Reichskanzler fuhr Freitag abend nach Frankfurt a. M. weiter.

Die Litauisierung des Memellandes Der Landtag aufgelöst

Der von der litauischen Regierung dem Memelland aufgedrängte neue Präsident des Landesdirektoriums, Reischys, hat am Freitag auf Anordnung des litauischen Gouverneurs den Landtag aufgelöst, nachdem der Landtag mit 25 Stimmen der deutschlitauischen Parteien gegen 4 großlitauische Stimmen dem Landesdirektorium das Misstrauen ausgesprochen hatte.

Litauen verfährt damit nicht nur gegen den Sinn des Memellandstatuts, das der memelländischen Bevölkerung die jetzt angegriffenen Rechte zusichert, und gegen die Stellung des Völkerbundes als Garant, sondern es setzt sich glatt über die Zusicherungen hinweg, die im Jahre 1927 Woldemar nach Verhandlungen mit Seesemann in feierlicher Form gemacht hat, Zusicherungen, durch die versprochen wurde, daß die parlamentarischen und demokratischen Grundzüge für die Memellandbevölkerung gewahrt bleiben würden.

Daß der Landtag dem neuen Direktorium das Misstrauen votieren würde, hat man in Rom, wie die sofort vollzogene Auflösung zeigt, von vornherein erwartet, und die litauische Regierung wird wohl nun versuchen, ihre Pläne mit außerparlamentarischen Mitteln durchzusetzen. Damit wird der litauisch-memelländische Konflikt reif für den Völkerbund, und er geht hier nicht nur Deutschland an, zu dessen wichtigsten Aufgaben selbstverständlich gehört, über den vertriebenen Nachbarn der deutschen Minderheiten zu wachen, sondern alle Völkerbundstaaten überhaupt, da es sich um internationale Verpflichtungen handelt, deren Einhaltung der Völkerbund garantiert hat. Nach Artikel 17 des Memellandstatuts vom 8. Mai 1924 haben alle Mitglieder des Völkerbundes das Recht, den Rat auf irgendeine Verletzung der Bestimmungen jenes Abkommens aufmerksam zu machen. Nun hat es aber der Rat am 20. September 1926 abgelehnt, den Generalsekretär des Völkerbundes zu beauftragen, Petitionen von Privaten und von Behörden des Memellandes an die Mitglieder des Rates weiterzuleiten. Diese Entscheidung wurde im Widerspruch zu einem Beschlusse getroffen, den der Rat im Jahre vorher gefaßt hatte, um ihn dann auf den wiederholten Protest Litauens hin wieder aufzuheben.

Die Berliner Affären

Die Vorarbeiten in dem Disziplinarverfahren gegen den Oberbürgermeister Hoff, das in der Berufungsinstanz vor dem Oberverwaltungsgericht schwebt, sind jetzt so weit gediehen, daß mit der Hauptverhandlung im September gerechnet werden kann. Der Termin hätte bereits angefaßt werden können, wenn sich nicht unerwartete Schwierigkeiten gezeigt hätten. Der eine Hauptzeuge, Max Ellarek, weigerte sich, über die gleichen Punkte als Zeuge unter seinem Eid Befragungen zu machen, bevor er sich als Angeklagter in dem gegen ihn schwebenden Strafverfahren zu verantworten haben werde. Nun ist eine Regelung in der Weise getroffen worden, daß Max Ellarek, der immer noch bettlägerig ist, in seiner Wohnung vernommen wird. Vor Verantwortung jeder Frage darf er sich mit seinem Verteidiger beraten. Schließlich sollen die Aussagen Max Ellareks streng geheim gehalten und keiner anderen Behörde, auch nicht der Staatsanwaltschaft, zur Kenntnis gegeben werden.

*

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde am Freitag der 55 Jahre alte Stadtrat beim Amt für den öffentlichen Schulbetrieb, Hans Wolff, in seiner Wohnung in der Kastanienburger Straße 12 in Berlin bei der Rückkehr von einer Fernreise festgenommen. Er ist beschuldigt, Beträge in einer Gesamthöhe von schätzungsweise 50 000 M veruntreut zu haben, indem er Bestellungen auf Lebensmittel und Schulmaterialien fingierte oder die Beträge erheblich erhöhte. Die Veruntreuungen erstreckten sich über längere Zeiträume.

Das Ausstellungs-, Messe- und Fremdenamt der Stadt Berlin teilt über Unregelmäßigkeiten eines Angestellten der Abteilung Fremdenverkehr mit, daß der in Frage kommende Angestellte von Schulz entlassen wurde, weil er sich von verschiedenen Stellen der Berliner Fremdenverkehrswirtschaft bei der Ausübung seiner Tätigkeit Zuwendungen materieller Art gefallen ließ.

Wie die „Kos. Ztg.“ erfährt, ist am Freitag das vom Oberpräsidenten gegen den Berliner Grundstücksdezernenten, den demokratischen Stadtrat Kay, eingeleitete Disziplinarverfahren eingestellt worden, nachdem die Untersuchung ergeben hat, daß gegen Stadtrat Kay keine Vorwürfe zu erheben sind. Die Einstellung der disziplinarischen Untersuchung, die sich besonders auf die Geschäfte der Stadt Berlin mit der Galerie Lafayette bezog, kommt nicht unerwartet, da der Oberpräsident bereits vor einigen Wochen die gegen Kay ausgesprochene Amtssuspension aufgehoben hat.

Kleine Chronik

Das Wettrennen zwischen dem Ozeanriesen „Europa“ und dem Engländer „Mauretania“, der eine Viertelstunde vor seinem Konkurrenten Cherbourg verlassen hatte, hat, wie aus New York gemeldet wird, mit dem Siege des deutschen Schiffes geendet. Die „Mauretania“ lief erst sieben Stunden später im Hafen ein. Mit lautem Jubel begrüßten die Passagiere des Lloyd-Dampfers den Erfolg ihres Schiffes.

In Warburg an der Lahn wurde der Geldbriefträger Wättnen von einem 35jährigen Mann überfallen und mit vorgehaltenem Revolver gezwungen, über 500 M, die er in seiner Tasche bei sich hatte, herauszugeben, mit denen der Räuber flüchtete.

In Basel hatte ein Ausläufer einer Wandfabrik behauptet, daß er überfallen worden sei und ihm 21 500 Franken gestohlen worden seien, die er zur Post hätte bringen sollen. Der angeblich bewußtlos und beraubt aufgefundenen Ausläufer befindet sich nunmehr in Untersuchungshaft, da alle Anzeichen dafür sprechen, daß es sich um einen fingierten Überfall handelt. Der Ausläufer steht im Alter von 40 Jahren und ist verheiratet.

Ein Knabe von sechs Jahren hat auf einem Gutshof bei Poitiers (Frankreich) einen Landarbeiter mit einem an der Wand hängenden geladenen alten deutschen Gewehr erschossen, als der Arbeiter, ohne auf das Kind zu achten, das ihn hänseln wollte, ruhig seine Glasche Wein weiter trank. Erst nach einem langen Verhör gelangt der Knabe die Wahrheit. Zuerst hatte er behauptet, der Arbeiter habe Selbstmord verübt.

Über das schottische Hochland ging am Freitag in den frühen Morgenstunden ein schweres Unwetter nieder, das drei Stunden wütete und von Blitz- und Donnererschlägen begleitet war. Der Sturm richtete außerordentlichen Schaden an. Der Verlust an Schiffen und Vieh kann noch gar nicht abgeschätzt werden.

Badischer Teil

Landwirtschaftskammerbeiträge

Die soeben erschienene Nummer 29 des Gesetz- und Verordnungsblattes enthält eine Verordnung des Ministers des Innern über die Landwirtschaftskammerbeiträge, die einleitend besagt:

Die Beiträge zu den Kosten der Landwirtschaftskammer werden auf die Grundsteuerwerte der landwirtschaftlich genutzten Grundstücke und Waldungen umgelegt. Der Beitragsfuß ist für alle Steuerwerte gleich. Die Steuerwerte eines Beitragspflichtigen werden auf volle 500 M abgerundet. Steuerwerte im Gesamtbetrag von weniger als 1500 M bleiben bei der Beitragserhebung außer Betracht. Beitragspflichtig, und zwar an dem nach § 5 des Grund- und Gewerbesteuergesetzes maßgebenden Veranlagungsart, ist derjenige, auf dessen Namen die beitragspflichtigen Grundstücke und Waldungen in die Staatssteuerlisten nach § 7 des Grund- und Gewerbesteuergesetzes aufgenommen sind. Die nach § 25 des Grund- und Gewerbesteuergesetzes von der Staatssteuer befreiten, aber nach § 57 Ziffer 1-4 a. a. O. der Gemeindesteuer unterliegenden Grundstücke sind an dem Orte beitragspflichtig, wo sich der Sitz der Gesamtverwaltung befindet.

Die Elektrifizierung der Ost-Westlinie

Wird nun endlich auf der zweiten Hälfte der Strecke Rannhofen-Augsburg, von Rannhofen bis Augsburg, in Angriff genommen, so daß schon im nächsten Sommer die Zugverbindung Augsburg-München-Salzburg elektrisch sein wird. Die Gruppenverwaltung Bayern der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft teilt mit:

Die Elektrifizierung der Strecke Rannhofen-Augsburg ist nunmehr genehmigt. Die Arbeiten, für die die bayerische Entwurfskosten vorliegen, werden auf der gesamten Strecke und im Bahnhof Augsburg sofort aufgenommen. Nach dem aufgestellten Bauprogramm sollen sie so rasch gefördert werden, daß voraussichtlich mit Beginn des Sommerfahrplans 1931 der elektrische Betrieb für den gesamten Personen- und Güterverkehr eingeführt wird.

Generaloberst Hege beichtigt das 14. (Badische) Infanterieregiment

Auf dem bayerischen Truppenübungsplatz Grafenwöhr fand am 25. August die Beichtigung des 14. (Badischen) Infanterieregiments aus den Standorten Konstanz, Tübingen und Weiningen statt, bei der das Regiment die volle Anerkennung der anwesenden Vorgesetzten fand. An der Beichtigung nahmen teil: der Chef der Heresleitung, Generaloberst Hege, der Oberbefehlshaber der Gruppe 2, General der Kavallerie von Kayser, der Kommandeur der 5. Division (Stuttgart), Generalleutnant Freiherr Seutter von Löwen, der Inspektor der Infanterie, Generalleutnant Ritter von Krager, der Infanterieführer V, Generalmajor Wacker von Danneberg, der Chef des Personalamts, Oberst von Hammerstein. Zu Ehren des Chefs der Heresleitung fand abends ein großer Poppenfest statt, den für den unapflichten Generaloberst Hege General von Kayser abnahm.

Aus den Parteien

Die NSDAP in Baden hat ihre Kandidatenliste für die Reichstagswahlen veröffentlicht: 1. Karl Lens, M. d. L., Leher a. D., Heidelberg, 2. Landwirt und Zimmermann Robert Roth, Riedelsheim, 3. Rechtsanwalt Johannes Rupp, Karlsruhe, 4. Schriftleiter Otto Wekel, Heidelberg.

Salinennubau in Bad Dürkheim

Die Badische Staats saline in Bad Dürkheim erstellt zur Zeit einen Neubau, nachdem der alte technisch und hygienisch der heutigen Zeit nicht entspricht. Die Arbeiten an diesem Gebäude- und Maschinenhaus gehen rasch vorwärts. Über dem Gebäude, das eine Länge von 32,82 Meter und eine Breite von 52,52 Meter aufweist, wird erstmals eine Dachkonstruktion im Eisensackwerk aufgestellt. Die Konstruktion besteht aus vier Hauptbindern, von denen jeder eine Spannweite von 52 Meter hat. Die Firma Gödelacher in Billingen wurde unter starker Konkurrenz mit der Ausführung beauftragt.

Die Bodenseeregulierung

Über den gegenwärtigen Stand der Bodenseeregulierung berichtet der Jahresbericht des Nordostschweizerischen Verbandes für Schiffahrt Rhein-Bodensee u. a.: Die auf den Regulierstrecken vorgenommenen Sondierungen und Bohrungen sowie sich anschließende neue geologische Begutachtungen haben zur weiteren Klärung der baulichen Verhältnisse geführt. Ziemlich konnten die Verhandlungen mit dem Ausland über die Durchführung der Regulierung noch nicht aufgenommen werden. Während Österreich dem Projekt von Dr. Kobelt in der Hauptsache bereits zugestimmt hat, ist Deutschland noch nicht zur Mitteilung seiner Stellungnahme gelangt. Hinsichtlich der Kosten ist vom eidgenössischen Amt für Wasserwirtschaft bereits ein Verteilungsplan aufgestellt.

Tagungen

Der Landesverband Badischer Kaminleger hält am Samstag und Sonntag in Offenburg seine diesjährige Tagung ab. Der Arbeitsausschuß der Interessengemeinschaft des deutschen Feuerwerksverkehrs wird am 2. September in Heidelberg eine Sitzung abhalten.

Gemeinderundschau

Förderung des Wohnungsbaus in Karlsruhe. Für die Herstellung von 53 Wohnungen in 20 Wohngebäuden wurden vom Stadtrat Karlsruhe Bauhypotheken von zusammen 187 000 M sowie Zinsbeihilfen aus einem Förderungsbetrag von 443 800 Reichsmark zugewagt.

Das Schicksal der Schlosswirtschaft in Heidelberg. Am Donnerstagabend hielt Oberbaurat Dr. Schmieder der Heidelberger Presse einen Vortrag über die Pläne, die hinsichtlich der Änderung bei der Schlosswirtschaft bestehen. Die alte Schlosswirtschaft soll eingehen und man hat auch nicht die Absicht, an einer anderen Stelle des Schlossgartens eine neue Wirtschaft zu errichten. Dagegen will man eine solche im Schloß schaffen, und zwar in der sogenannten Kapelle. Es kann dort ein Weinrestaurant und Kaffee für etwa 150 Personen geschaffen werden, wobei ein neuer Eingang vom Schloßkaltan her anzulegen wäre. Für die nötigen Nebenräumlichkeiten eignet sich ein kleiner Innenhof beim englischen Bau. Oberbaurat Dr. Schmieder ist der Ansicht, daß diese Neuerichtung in keiner Weise fälschlich oder unangenehm berühren könne. Außerdem soll noch ein kleiner Teil des Stützgartens weislich vom Schloß als Restaurationsgarten ohne Baulichkeiten Verwendung finden.

573 neue Handwerksmeister. Am Donnerstag fand in der Landesgewerbehalle die Überreichung der Meisterbriefe an die Jungmeister des Handwerkskammerbezirks Karlsruhe und Baden in feierlicher Weise statt. In diesem Jahre sind es wieder 573 Junghandwerker und Junghandwerkerinnen (gegen 565 im Jahre 1929), die die Meisterprüfung bestanden haben und jetzt den Meisterbrief ausgehändigt erhielten.

Wetternachrichtendienst der Landeswetterwarte Karlsruhe. Das europäische Hochdruckgebiet, das sich im Westen inzwischen bis weit nach dem Ozean ausgebreitet hat, beherrscht noch immer unsere Witterung. Wetterausblick: Fortdauer des heiteren, trockenen und tagsüber heißen Wetters.

Kurze Nachrichten aus Baden

Die Große Baden-Badener Rennwoche

Abd. Iffezheim, 29. Aug. Der fünfte Renntag brachte in jeder Beziehung den Höhepunkt des turfsportlichen Ereignisses. Brachvolles Sommerwetter und die mit Spannung erwartete Entscheidung im Großen Preis von Baden-Rennen brachte der Iffezheimer Bahn einen Massenbesuch. Zum Großen Preis von Baden erschienen Wettstapel: vier deutsche und zwei Franzosen am Start. Deutschlands bestes Pferd Alba ging als haushoher Favorit ins Rennen. Beim Start übernahm zunächst Abanti die Führung vor Alba und Gregor, an vierter Stelle Graf Jolani, während die beiden Franzosen zunächst den Schluß des Feldes bildeten. Gegenüber den Tribünen änderte sich nichts in der Reihenfolge des Feldes. Erst beim Anstatter Bogen kamen die beiden Franzosen an die führenden Oppenheimer Vertreter heran. Gregor war hier bereits geschlagen und auch Graf Jolani hatte in dem Rennen nichts mehr zu bestellen. Alba kam mit knappen Vorsprung in den Einlauf, wo Abanti seine Aufgabe als Führer als erfüllt ansah. Die beiden Franzosen Bata und Diademe griffen nun Alba an, der aber, von Rumroh ruhig geritten, unter dem Jubel des Publikums mit einer Länge Vorsprung die wertvolle Prüfung für Deutschland gewinnen konnte. Damit hat der Stall Oppenheim in den letzten vier Jahren hintereinander für sich den Großen Preis von Baden gewinnen können, drei Mal mit Oeander und in diesem Jahr mit Alba.

Foley Grabich kam im Wasserfall-Ausgleich auf Meißnerpolier und im Hburg-Ausgleich mit Nlos wieder zu einem Doppelerfolg. Das württembergische Gestüt Weil konnte im Preis vom Alten Schloß mit Laute seinen diesjährigen Erfolg einen weiteren Sieg anreihen, und der Zweite aus dem Zukunftrennen, Pfeiffers Null Duvert, das den Tag einleitende Charmant-Rennen.

Gegen die Ausbreitung der Kinderleue

Abd. Blittersdorf (bei Kastatt), 30. Aug. Zum vierten Mal von spinaler Kinderlähmung ist ein weiterer hinzugekommen. Das erkrankte Kind ist nach dem Kastatter Krankenhaus überführt worden. Ein weiteres Kind ist unter verdächtigen Erscheinungen erkrankt, doch konnte Kinderlähmung bisher nicht einwandfrei festgestellt werden.

Verfälschte Kastatter Betriebe haben Blittersdorfer Arbeiter und Arbeiterinnen; solange die Gefahr einer Ausbreitung besteht, sind sie von der Arbeit ausgeschlossen. Die im Elsaß arbeitenden Blittersdorfer, die meistens Samstags nach Hause zurückkehren, dürfen Blittersdorf nicht betreten. Die Kinder- und Volksschule bleibt bis auf weiteres geschlossen. Auch die Mädchenfortbildungsschule ist geschlossen. Die Fortbildungsschüler sowie die Schüler der Gewerbe- und Handelsschule dürfen bis auf weiteres dem Unterricht in Kastatt nicht beiwohnen.

Dr. Heidelberg, 29. Aug. Nach längerem Krankenlager ist im hiesigen Samariterhaus im Alter von 64 Jahren der Heidelberger Stadtbaurat Karl Bié gestorben. Er war 31 Jahre lang im Dienst der Heidelberger Stadt. Werke und ist einer der Erbauer des Elektrizitätswerks gewesen, das er seitdem in vorbildlicher Weise als Leiter betreut hat.

Abd. Heidelberg, 29. Aug. Am heutigen Freitag kann Chemiker August Bernthsen, bekannt als Forscher, Lehrer und Gestalter, seinen 75. Geburtstag begehen. Seit 1920 ist er ordentlicher Honorarprofessor an der Universität Heidelberg. Mit Vollendung seines 70. Lebensjahres gab er ein Werk „50 Jahre Tätigkeit in chemischer Wissenschaft und Industrie“ heraus.

Abd. Marlen (bei Kehl), 30. Aug. Die Verteigerung des gemeindeeigenen Obsttragnisses erbrachte nur einen Gesamterlös von rund 350 M. Das bedeutet für die Gemeinde einen ganz empfindlichen Ausfall, da das Ertragnis in guten Jahren stets das zehnfache der heutigen Summe beträgt. Jetzt nach dem Ausbruch des Getreides hört man nur Klagen über den schlechten Ernteausfall. Die Tabakernie ist bereits im vollen Gange und verspricht einen guten Ertrag.

Dr. Säckingen, 29. Aug. Gegenwärtig kann man hier an Rheinfarnern wieder auffallend viel tote Male liegen sehen. Eine größere Anzahl hat das Wasser bei der Rheinfarnbarre angeschwemmt. Sie weisen alle Nüdenverletzungen auf, die sie jedenfalls beim Passieren des Laufener Kraftwerkes erlitten haben.

Dr. Speyer, 30. Aug. Dieser Tage ging eine Meldung durch die Zeitungen, nach der bei Landau bereits tragende Hybriden ausgerissen worden seien. Diese Nachricht ist unzutreffend. Wichtig ist, daß im Vollzug des Reichsgesetzes über die Bekämpfung der Neblaus auf dem Hof in Landau geschädigt angepflanzte junge Hybriden vernichtet wurden. Da es sich um nichttragende Pflanzen handelt, bestand kein Anlaß, bis zum Herbstende zuzuwarten.

Handel und Wirtschaft

Zusammenfassung in der Mannheimer Mühlenindustrie. Wie wir erfahren, wird die Rheinmühlwerke AG. Mannheim (Kampfmeyer-Konzern) die ihr nahesteheende Annimühle S. Gildbrand und Söhne, Kommanditgesellschaft in Mannheim-Industriequartier, fusionsweise übernehmen. Auf den 17. September ist eine ordentliche Generalversammlung einberufen, in der die Rheinmühlwerke zu diesem Zwecke eine Kapitalerhöhung von 3 auf 5 Millionen Reichsmark vornehmen werden. Die Firma wird künftig S. Gildbrand und Söhne, Rheinmühlwerke AG. lauten.

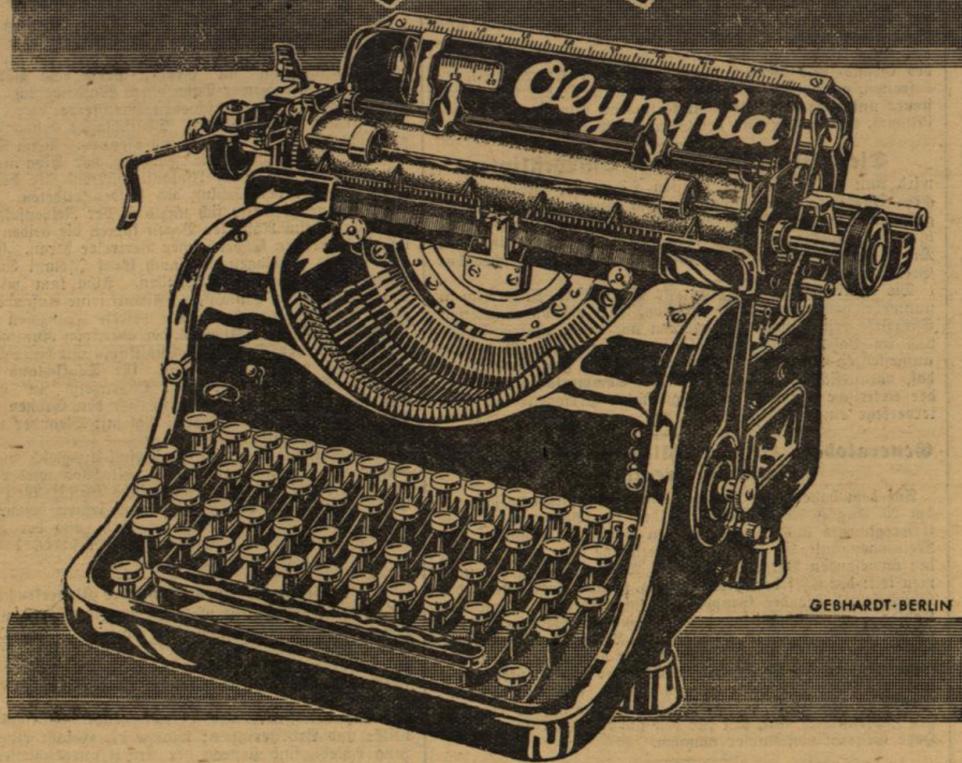
Zur Insolvenz Rudolf Landes, Möbelhandlung in Mannheim. In dem auf Donnerstag verlegten Vergleichstermin wurde der bekannte Vergleichsvorschlag (50 Proz.) von mehr als 300 000 M Gläubigerforderungen und der Kopfszahl nach von 149 Gläubigern mit Forderungen unter 100 M und von 140 mit über 100 M von insgesamt 181 bzw. 226 angenommen. Die erforderliche Mehrheit für die Annahme ist damit gegeben, so daß einer Vergleichsbefähigung nichts mehr im Wege stehen dürfte. Die gerichtliche Entscheidung wird am 3. September verfallen werden.

Carl August Nieten & Co.

Kohlenhandels-gesellschaft
Kaiserstraße 148, II.
Tel. Nr. 5164, 5165, 5506

Kohlen · Koks · Briketts · Brennholz

Olympia



Olympia · Korrespondenz · Schreibmaschine
Buchungsmaschine mit Rechenwerk »Saldomat«

EUROPA SCHREIBMASCHINEN A.G.

MANNHEIM

Q.7, 23

Fernsprecher:

Mannheim 28723/28887

Verlangen Sie von unserem nächsten Büro Aufgabe des für Sie zuständigen Bezirksvertreters.

BUROS:

BERLIN N 24, Friedrichstr. 110-112 (Haus der Technik); BRESLAU, Kaiser-Wilhelm-Str. 88-90; DORTMUND, Südwall 29; DRESDEN, Neustädter Markt 11; DÜSSELDORF, Wilhelmplatz 12; ERFURT, Mainzerhofplatz 13; FRANKFURT a. M., Friedenstr. 2; HAMBURG, Kaiser-Wilhelm-Str. 25-31; HANNOVER, Am Schiffgraben 15; KÖLN, Weidenburgstr. 78 (Ecke Reichenspergerplatz); LEIPZIG, Nicolaistraße 10, II.; MAGDEBURG, Otto von Guericke-Str. 11; MANNHEIM, Q.7, 23; MÜNCHEN, Kaufinger Straße 3 (Roman Mayrhaus); NÜRNBERG, Lorenzer Platz 12, III.; STUTTGART, Tübinger Straße 33

Öffentliche Städtische Sparkasse Möhringen i. B.

Bilanz per 31. Dezember 1929.

Forderungen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand	6 046,89	1. Spareinlagen:	
2. Guthaben bei Girozentralen	48 119,23	a) Neugeschäft	402 868,92
3. Guthaben bei Postsparkassent und Banken	3 067,76	b) Aufwertung	208 498,79
4. Wertpapiere	10 900,—	2. Giroeinlagen	27 634,81
5. Hypothekendarlehen	240 346,50	3. Ausgaberrückstand	80,—
6. Grundstückskaufgelber	46 278,01	4. Rücklagen	2 842,34
7. Gemeindefdarlehen	36 912,95	5. Geschäftsgewinnt 1929	97,09
8. Schuldscheindarlehen	46 782,56		
9. Strohberziehungen	272,41		
10. Aufwertungsfordecrung	149 452,37		
11. Aufwertungs-Abrechnungsfonto	27 774,82		
12. Einnahmerückstände	25 280,45		
13. Grundstücke u. Gebäude	2,—		
14. Verträge	806,—		
	<u>642 021,95</u>		<u>642 021,95</u>

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen: D. 825
 8% aus 430 503,73 RM = 34 440,30 RM
 Sie beträgt am Schluß des Jahres 1929 2 939,43 RM
 Somit weniger 31 500,87 RM

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsleiter:
 gez. Vertke, Bürgermeister. gez. Müller.

Schenkt Bücher zu jedem Fest!



Schwefingen. D. 829
 Güterrechtsregisteramt
 Band II Seite 497 — Ster-
 gelmaler, Adam, Händler in
 Osterheim und Marie
 Müller Witwe geb. Nagel.
 Vertrag vom 20. Aug. 1930
 — Gütertrennung —
 Schwefingen, 26. 8. 30.
 Bad. Amtsgericht I.

Für das direkte
Auskunfts-System
 bietet unser Werk große Vorteile
 höhere Aufklärung u. Prognosegratis.

**Insrieren
 bringt Gewinn!**

DIE BEILAGEN

DER
KARLSRUHER ZEITUNG
 BADISCHER STAATSANZEIGER

Zentralhandelsregister für Baden
 Badischer Zentralanzeiger für Beamte
 Wissenschaft und Bildung
 Badische Kultur und Geschichte
 Badische Wohlfahrtsblätter
 Amtliche Berichte des Bad. Landtags

Insrieren auch Sie

Sie werden bestimmt zufrieden sein

116

Freiplätze im Badischen Landestheater Karlsruhe

werden
 von diesem in 85 Preisen
 vergeben für die Gewinner
 im Preisausschreiben

„Kennen Sie das Landestheater?“

Auf dem Umschlag des **Almanachs 1930 des Badischen Landestheaters Karlsruhe** bringen wir die Bilder und nennen im Preisausschreiben in alphabetischer Reihenfolge die Namen der Solisten auf den Bildern

Sie versuchen für möglichst viele der einzelnen Bildausschnitte das dargestellte Stück, den Verfasser und die Namen der zugehörigen Darsteller und Darstellerinnen zu erraten. — Einsendungstermin: 25. Oktober 1930

Mitarbeiter des Almanachs:
 Oberregierungsrat Dr. Asal, Intendant Dr. Waag, Oberregisseure Felix Baumbach und Viktor Pruscha Martin Licht, Wilhelm v. Scholz, Künstlerischer Beirat Torsten Hecht, Kunstmaler Fritz Schweizer, Romeo, Dramaturg Otto Kienscherf, Roland Betsch, Dr. Walther Landgrebe, Dr. Karl Ritter, Dr. Irmgard Tanneberger, Ballettmeister Harald Josef Fürstenau, Staatsschauspieler Hermann Brand, Albert Sexauer

70 Abbildungen, darunter viele Szenenphotos und Originalzeichnungen

Die wertvollen Beiträge mit Bildern machen den **Theater-Almanach 1930** zu einer interessanten Lektüre. — Preis 1,50 RM.

**VERLAG G. BRAUN
 KARLSRUHE**